

Danziger Zeitung.

No 9329.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kellerhagengasse No. 4) und auswärts bei allen kaiserlichen Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 M 50 S. — Auswärts 5 M. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Kretzmer und H. Hoffe; in Leipzig: Eugen Forst und H. Engler; in Hamburg: J. F. Hoffmann und Bogler; in Frankfurt a. M.: G. A. Dauter und die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.
Trun, 14. September. Gestern sind bedeutende Verstärkungen in Guipuzcoa eingetroffen. Ein galizisches Bataillon ist bis an die Grenze gerückt, um die dortigen Gar-nisonen zu verstärken. General Duesada ist augenblicklich in Pampelona. Die in Navarra stehenden Truppen setzen ihre Bewegungen um Estella fort. — Don Carlos hat gestern bei Elizondo eine Revue über die Truppen abgehalten, welche mit Dorregaray aus Catalonien gekommen waren, und bei dieser Gelegenheit eine Ansprache an dieselben gehalten, in welcher er sie aufforderte, ihm mit Vertrauen zu folgen, bis er das heilige Banner auf den Mauern von Madrid aufpflanzen werde.

Zu den bevorstehenden Provinziallandtagswahlen. VII.

Das Dotationsgesetz.
 Man wird es gerechtfertigt finden, daß in den letzten Jahren von Seiten der alten Provinzen der Wunsch immer dringender wurde, daß der erteilten Zusage gemäß auch ihnen der Staat endlich die Vortheile und Reformen gewähre, deren Hannover seit dem Jahre 1868 sich zu erfreuen gehabt hat.

Durch das Zustandekommen der Provinzialordnung und des Dotationsgesetzes ist die Forderung erfüllt und es ist ihnen jetzt die Gelegenheit geboten, in der Verbesserung ihrer kommunalen Einrichtungen und in der Förderung der wirtschaftlichen Interessen mit einander zu wetteifern.

Nach dem Dotationsgesetz erhalten:

1) an Capital in einem einmaligen Betrage die Provinz Preußen 2 Millionen Mark*, Brandenburg (außer Berlin) 1½, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein je 1, Posen 1½, Schlesien 1½, Westfalen 1½, Rheinprovinz 2½ Millionen Mark. Diese Beträge bieten den Provinzen die Mittel zu den Einrichtungen der für die Provinzialverwaltung erforderlichen Baulichkeiten, für größere außerordentliche Verwendungen oder für die Anlage von Reserve-Baufonds;

2) an jährlichen Beträgen aus der Hauptdotationssumme von 13,440,000 Mark, welche auf die Provinzen vertheilt wird nach dem Maßstab des Flächeninhalts und der Bevölkerung: Preußen 2½, Brandenburg (außer Berlin) 1½, Pommern, Posen zwischen 1 und 1½, Schlesien 2, Sachsen 1½, Westfalen 1½, Rheinprovinz 1½ Millionen Mk., Schleswig-Holstein 730,000 Mk.;

ferner erhalten die alten Provinzen die Provinzialhilfskassenfonds zur bestimmungsmäßigen Verwendung, — der Zinsgewinn, der in Preußen ca. 90,000, in Posen 70,000 Mk. zc. beträgt, wird zur freien Verfügung zu gemeinnützigen Zwecken gestellt;

ferner die Meliorationsfonds zur Verwendung zu Darlehen für Bodenverbesserungen, Waldanlagen zc. — Der Zinsgewinn ist für beliebige gemeinnützige Zwecke zu bestimmen.

Es gehen ferner die Hebammenlehranstalten und die niederen landwirtschaftlichen Schulen in die Verwaltung der Provinzen über. Dieselben erhalten die vom Staat dafür bisher verwendeten Beträge außer der Dotationssumme.

Außerdem erhalten von der durch das Gesetz vom 30. April 1873 für die Durchführung der Kreisordnung zur Verfügung gestellten Summe von 1 Million Thlr.:

*) Die Beträge werden hier, wie in den meisten andern Fällen nur in runden Zahlen angegeben.

Das Nil-Fest.

Kairo, Mitte August. Es giebt in Aegypten zweierlei Volksfeste: 1) die rein mohammedanischen, wie das nach Beendigung des Ramadan-Fastens gefeierte Bairam, der Auszug der Mekka-Pilger, das Opferfest, der Geburtstag des Propheten u. a., an denen selbstverständlich das nichtmohammedanische Quantum der Bevölkerung sich nicht theilnimmt, und 2) die nationalen Feste, die nicht religiöser Natur sind und die von Moslimen, Kopten und Juden mit gleicher Freude gefeiert werden. Zu diesen gehört das Fest des Schemen-Rastim, d. i. das Einathmen des Kephys, welches vor dem Beginne der heißen Chamfin-Winde begangen wird, sowie das Fest, welches jährlich um diese Zeit zu Ehren des steigenden Nil stattfindet.

Schon seit undenklichen Zeiten genießt der alte heilige Nil die Verehrung der ganzen Bevölkerung Aegyptens; denn von ihm hing die Wohlthat des Landes ab; er durfte nur seine Wasser zurückhalten oder in zu großer Fülle ausschütten, und es war das Land von der größten Hungersnoth heimgegriffen. Daher pflegten die alten Aegyptier alljährlich vor der Epoche des Nil-Steigens dem Flügogotte mannichfaltige Verköstigungen zu bieten: sie warfen eine in kostbare Gewänder gekleidete mit funkelndem Schmucke geschmückte Jungfrau in die Fluthen des Nil, um den etwaigen Zorn der Flügogtheit zu befänstigen, auf daß diese das Land zur Strafe nicht darben lasse.

Als Aegypten 642 n. Chr. durch die Araber erobert wurde, schaffte der Statthalter des Chalifen Omar dieses Menschenopfer ab. Die Araber erzählen hierüber eine seltsame Geschichte. Als nämlich der Nil nach Abschaffung des Menschenopfers nicht steigen wollte, schrieb Omar an den Fluß

1) einen einmaligen Betrag Posen 660,000, Schleswig-Holstein 407,000, Hannover 852,000, Westfalen 584,000, Rheinprovinz 1 Million, Rassel 274,000, Wiesbaden 165,000 Mk.;

2) jährlich Posen 220,000, Schleswig-Holstein 135,000, Hannover 284,000, Westfalen 194,000, Rheinprovinz 333,000, Rassel 91,000, Wiesbaden 55,000 Mk.

Bis zum Erlasse weiterer gesetzlicher Bestimmungen über die Verwendung dieser Beträge steht den genannten Provinzen frei, dieselben für communale Zwecke zu verwenden.

Bisher aus der Staatskasse gezahlt und später aus dem Dotationsbetrage Seitens der Provinzen zu bestreiten sind:

1) mehrere zum Theil auf rechtlichen Verpflichtungen beruhende Zuschüsse an Armen-Wohltätigkeitsanstalten, Stiftungen zc. Diese Ausgaben belaufen sich in der Provinz Preußen auf 39,000 Mk., in Pommern auf 1443 Mk., in Posen nichts u. s. w.;

2) die Zuschüsse an Communalverbände und Gutsbezirke zur Unterhaltung und Bau von Wegen und Brücken. Im ganzen preussischen Staat sind für diesen Zweck nach den Stats pro 1873 und 1874 verausgabt ca. 330,000 Mk.;

3) die Durchführung von Landesmeliorationen von localem und provinziellem Interesse. Im ganzen preussischen Staat sind bisher für diesen Zweck 750,000 Mk. verwendet. Die Ausführung größerer Meliorationen verbleibt dem Staat;

4) Zuschüsse zu den den Provinzen überwiesenen Taubstummenanstalten zc. Der dafür Seitens des Staates für alle Provinzen bisher gezahlte Betrag beläuft sich auf ca. 110,000 Thlr.;

5) die nach § 4 des Gesetzes vom 30. April 1873 bisher gezahlte Beihilfe zur Durchführung der Kreisordnung. Dieselbe betrug im Ganzen 480,000 Thlr., und zwar erhielten Preußen 134,179 Thlr., Brandenburg 99,017 Thlr., Pommern 63,568 Thlr., Schlesien 115,151 Thlr., Sachsen 68,085 Thlr. Darüber, ob diese Beihilfe fernerhin an die Kreise gezahlt werden soll, haben die neuen Provinzial-Landtage zu beschließen. In dem genannten Gesetze ist ausdrücklich bestimmt, daß die Beihilfe nur eine außerordentliche sei; es steht den Landtagen frei, diese Summen für Provinzialzwecke zurückzuziehen. Man darf indeß annehmen, daß die Beihilfe in der Mehrzahl der Provinzen den Kreisen auch fernerhin gewährt werden wird;

6) die für den Neubau von Chauffeen und für Prämien zu Chauffee-Neubauten zu leistenden Beträge. Es ist dies der wichtigste und umfangreichste Zweig der Communal-Verwaltung, welcher bisher in den Händen des Staates war und jetzt an die Provinzen übergeht. Bisher wurden die jährlichen für Chauffeebauten zu verwendenden Beträge durch den Staatshaushaltsetat festgesetzt. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Landesvertretung dabei nur eine sehr beschränkte Mitwirkung zufiel. Der Plan der Vertheilung der jährlich zur Bewilligung gestellten Summe auf die einzelnen Provinzen wurde in dem Handelsministerium aufgestellt und zwar auf Grund der Berichte der Regierungen, welche wiederum die Berichte der Landräthe zu Grunde legten. Es lag also wesentlich in den Händen dieser Behörden, ob in einem Bezirk mehr oder weniger Chauffeen gebaut wurden oder nicht. Waren die Landräthe und Regierungen fleißig beim Anmelden und stellten sie das Bedürfnis der projectirten Straßen recht dringend dar, so geschah in der Regel etwas von Seiten des Staates. Dieser wichtige Verwaltungszweig, welcher sich vorzugsweise für Organe der Selbstverwaltung eignet, ruhte ganz in der

einen Brief, der in dessen Fluthen geworfen wurde, und darin er dem Nil sagte: daß er verdorren sollte, wenn er aus eigenem Willen flöße; geschähe dies aber mit dem Willen Gottes, so flöhe der Fluß der Gläubigen den einzigen allmächtigen Gott um eine reichliche Ueberfluthung an. Darauf hin soll der Fluß seine höchste Höhe in einer Nacht erreicht haben.

Belanntlich verursachen die in den Tropen-gegenden des innern Afrika und in Abyssinien niederfallenden Regen jährlich ein langames allmähliges Steigen des Flusses, der zuletzt aus seinem Bette tritt und das Land nach allen Richtungen hin bewässert. Die Araber behaupten, daß ein in der Nacht des 17. Juni, die sie Belaten-Noktu, d. i. die Nacht des Tropfens, nennen — daß ein in dieser Nacht vom Himmel in den Nil herabfallender Tropfen wunderthätigen Wassers dieses Steigen des Flusses bedinge. Deshalb ist ihnen das Nil-Fest heilig, und sie pflegen sie unter Gebeten und Feierlichkeiten aller Art zu verbringen. Es wird indeß das erste Steigen des Nil in Kairo erst Anfangs Juli bemerkbar. Seine höchste Höhe hat er um den 15. August, seine größte Höhe zwischen dem 20. und 30. September erreicht. Auf seinem höchsten Stand verharrt der Nil ungefähr 14 Tage, also etwa bis Mitte Octobers, und gegen Mitte Novembers ist er wieder auf die halbe Höhe seines Steigens gesunken. Von dieser Zeit an sinkt er sehr allmählig bis zum 20. Mai des folgenden Jahres, und bleibt also nur kurze Zeit, etwa dritthalb Monate, in seinem niedrigsten Wasserstand.

Wenn auch der Nil das Land nach allen Richtungen hin bewässert, so ist doch die oft gebrauchte Redensart: ganz Aegypten sei während des Sommers ein See, ein recht großer Irrthum. In gewöhnlichen Jahren treten die Wasser des Flusses

Hand der Staatsbeamten und man wird es begreiflich finden, daß bei diesem System Uebelstände hervortraten, deren Beseitigung auch die Staatsregierung wünschen mußte. Fortan wird den Provinzen jährlich ein feststehender Betrag für Chauffeebauten überwiesen, so daß sie in den Stand gesetzt werden, planmäßig vorzugehen und in kürzerer Zeit die für den Verkehr nothwendigen Straßen herzustellen, als dies der Staat vermochte.

Nach den Rechnungen des Staatshaushalts sind von Seiten der Staatskasse in den letzten 21 Jahren von 1853 bis incl. 1873 für den Neubau von Chauffeen und für Prämien durchschnittlich pro Jahr verausgabt: für die Provinz Preußen rund 430,000 Thlr., Brandenburg 91,000 Thlr., Pommern 127,000 Thlr., Posen 123,000 Thlr., Schlesien 146,000 Thlr., Sachsen 97,000 Thlr., Westfalen 73,000 Thlr., Rheinprovinz 122,000 Thlr., — für Schleswig-Holstein in den letzten Jahren 5500 Thlr.

Der Betrag, welcher den Provinzen durch das Dotationsgesetz jährlich zugewiesen wird, ist so bemessen, daß dieselben erheblich mehr für Chauffeebauten verwenden können, als der Staat dies that, insbesondere diejenigen Provinzen, welche in der letzten Zeit weniger aus Staatsmitteln erhielten. Zieht man die Ausgaben, welche den Provinzen in den mit dem Dotationsgesetz überwiesenen Verwaltungsgebieten erwachsen, nach dem Maßstabe der bisher Seitens des Staates dafür gemachten Leistungen in Rechnung, so verbleibt den Provinzen von der Dotation ein nicht unerheblicher Ueberschuß, und zwar Preußen und Pommern etwa eine halbe Million Mark, Schlesien etwa 600,000 Mark, Posen noch etwas mehr. Die Provinzen werden also, wenn sie einen zweckmäßigen Finanzplan aufstellen, ebenso wie es Hannover im Stande gewesen ist, ohne höhere Provinzialabgaben auszufahren, für die Erweiterung des Verkehrsnetzes und für andere communale Einrichtungen und Reformen erheblich mehr zu leisten vermögen als bisher. Ob sie zum Chauffeebau, um schneller vorgehen zu können, wie Hannover es gethan, größere Anleihen aufnehmen, die aus dem Dotationsbetrage zu verzinsen und zu amortisiren, ob sie selber bauen oder sich lediglich darauf beschränken sollen, den Kreisen größere Prämien zu gewähren, das sind Fragen, die unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Gegenden zu beantworten sein werden. Vor Allem aber wird man überall gut thun, dafür Sorge zu tragen, daß nicht von vornherein ein großer und kostspieliger Verwaltungsapparat eingerichtet wird und daß man sich soviel wie irgend möglich an die vorhandene Kreisverwaltung anschließt.

Diese Frage wird insbesondere zu erwägen sein in Betreff der Unterhaltung der Chauffeen. Bekanntlich hat der Staat dieselbe in dem Dotationsgesetz ebenfalls den Provinzen überwiesen. Der dafür Anfangs von der Staatsregierung ausgesetzte Betrag von 15 Millionen Mk. wurde auf Verlangen der Dotationscommission des Abgeordnetenhauses um 4 Millionen Mark erhöht, um die den Provinzen zu gewährende Entscheidungsbefugnis von vornherein möglichst reichlich zu bemessen. Es läßt sich annehmen, daß die Provinzen den für die Unterhaltung angelegten Betrag in den ersten Jahren für diesen Zweck nicht vollständig verbrauchen werden. Die Provinz Preußen z. B. erhält zu der Unterhaltung der Anfang 1875 vorhandenen 328 Meilen Staatschauffee 2,196,854 Mk., das sind also 6600 Mk. pro Meile, während die wirklichen Unterhaltungskosten wohl durchschnittlich nur 5000 Mk. betragen haben und sich vielleicht

nur dahin, wo der Mensch will, der denselben Dämme setzt, so daß der Verkehr zwischen den Dörfern bloß dann gehemmt ist, wenn der Nil zu hoch steigt, die Dämme einreißend, Verwüstung, Noth und Elend mit sich führt.

Eben so irrig ist der Glaube, daß der Aegyptier die Hände in den Schoß legen könne, nur den segensreichen Nil walten lassen dürfe, dann wachse und gebeihe schon alles. Aber der Nil ist keineswegs ein so schlechter Vater, daß er alle Mühe auf sich allein nehmen wollte! Er war ja Erzieher und Lehrmeister der ersten Menschen, die seine Ufer bewohnten; er bildete die Aegyptier zu denkenden Menschen, als alle andern Völker noch lallend in ihrer Wiege ruhten. Während in andern Ländern die wilden Stämme in kleine Abtheilungen, ja oft in einzelne Familien zersplittert, getrennt und, ohne sich in größeren Gemeinwesen zu vereinigen, lange bestehen konnten, waren im Nil-Thal durch die Natur des Stromes die Menschen darauf angewiesen, zahlreichere Ansiedelungen zu bilden; denn nur gemeinsamen Anstrengungen konnte es gelingen, theils vor der Macht des überfluthenden Wassers sich zu schützen, theils bei niederem Strom genügende Bewässerungen für ihre Fruchtfelder zu erhalten.

Diese jedes Jahr regelmäßig wiederkehrende Ebbe und Fluth rief daher die ersten und wahrscheinlich ältesten Damm- und Canal-Bauten hervor, und begründete die Ursprünge eines geregelten Gemeinwesens. So ist es erklärlich, daß, während die Griechen noch rohe Wilde waren, die von der Jagd, dem Fischfang und Raub lebten, in Aegypten schon ein vollkommen entwickeltes Staatswesen mit geordneten bürgerlichen Verhältnissen bestand. Die Instandhaltung der Canäle, die richtige Leitung der Wasser und das Aufwerfen von Dämmen, die den Fluthen des Nil die nöthigen Schranken setzen, ist

in einzelnen Gegenden noch ermäßigen lassen, wenn, wie dies nach dem Dotationsgesetz zulässig ist, die Provinz mit den Kreisen sich wegen der Uebernahme der Unterhaltung zu verständigen sucht.

Deutschland.

△ Berlin, 14. Sept. Die Annahme der Berufung in der Justiz-Commission erfolgte, wie wir voraus gemeldet haben, mit einer Stimme Majorität, ein Resultat, welches durch den Eintritt des Abgeordneten Lasker in die Commission, wo er zu den Gegnern der Berufung gehört, wieder aufgehoben wird. Die Bundesbevollmächtigten sind einstimmig gegen die Berufung. Das Resultat der gestrigen Abstimmung wird indeß, wie man sich in der Commission versichert hält, unter allen Umständen weitere wichtige Folgen äußern. Zunächst hängt alles davon ab, wie sich Preußen zu der Frage stellt, und es ist nicht unmöglich, daß hier gegen erhebliche Zugeständnisse für die Vorinstanz eine Annahme der Berufung erfolgt. Andererseits hält man für wahrscheinlich, daß, wenn die Berufung in zweiter Lesung fallen sollte, eine erhebliche Umgestaltung der bisherigen Beschlüsse der Commission unvermeidlich werden möchte. — Der Schwerpunkt der Bundesrathsarbeiten wird für die nächste Zeit in den Ausschüßberatungen zu suchen sein und zwar werden sich letztere zunächst den Steuerprojecten zuwenden. Schon jetzt kann mitgetheilt werden, daß man sowohl der Börsen-Steuer als der erhöhten Brauksteuer gegenüber die Ueberzeugung gewonnen hat, daß man bereits im Bundesrathe sehr erhebliche Schwierigkeiten zu beseitigen hat und jedenfalls nicht so schnell zu Resultaten gelangen wird, als man dies beim ersten Auftreten der Projecte anzunehmen geneigt war. — Der Bürgermeister Dr. Kirchenpauer hat gestern Abend Berlin wieder verlassen und sich über Wien zur Naturforscher-Versammlung nach Graz begeben. (Dr. K. beschäftigt sich, wie bekannt, neben seinen Berufsgeschäften in umfangreicher Weise mit geologischen und geognostischen Studien.)

N. Berlin, 14. Sept. Zu der gestrigen bedeutamen Debatte der Reichsjustiz-Commission über die Berufung tragen wir noch folgendes nach: Von den Anhängern der Berufung wurde besonders hervorgehoben: Die consequente Durchführung des Grundsatzes der Mündlichkeit, mit welcher allerdings eine Berufung wegen der großen Schwierigkeit der völligen Reproduction der ersten Verhandlung schwer zu vereinigen sein möge, sei nicht die höchste Aufgabe des Strafprocesses; vor Allem komme es darauf an, einen gerechten Richter-spruch herbeizuführen und insbesondere die Berufung eines Unschuldigen zu verhindern. Zu diesem Ende sei aber die doppelte Prüfung der Thatfache eine sehr wichtige Garantie. Jedes Gericht, auch ein gut besetztes Colleg, sei dem Irrthum unterworfen; bei einer zweiten Prüfung sei allerdings auch ein Irrthum denkbar, aber nicht so leicht möglich, da eine bestimmt formulierte und begründete thatfächliche Feststellung von selbst den zweiten Richter veranlasse, in seiner Kritik sehr sorgfältig zu verfahren. Besonders wichtig sei die doppelte Prüfung, wenn, wie es häufig vorkomme, die erwiesenen Thatfachen nicht angefochten werden, wohl aber die Schlüsse, die der erste Richter aus diesen Thatfachen gezogen habe. Dazu komme, daß der Angeklagte häufig erst durch das Urtheil erster Instanz auf das, worauf es für ihn ankomme, aufmerksam werde und mithin erst in der zweiten Instanz seine wichtigsten Verteidigungsmittel vorbringe. Bei der geringen Bildung vieler Angeklagten könne man die Garantie, welche

keine so leichte Arbeit, so daß der ägyptische Bauersmann im Sommer Arbeit die Fülle hat. Uebrigens nehmen die Aegyptier, ungeachtet der betrübenden Eigenschaften des Nilflusses, oft den Dünge zu Hilfe, so besonders in den Gärten und bei den Baumumplantzungen.

Wenn der Nil den sechzehnten Bid (10,20 Cent.) des Robha'schen Nil-Messers erreicht hat — eine Bedingung, ohne welche gemäß einem alten Gesetz die Landsteuern nicht eingezogen werden können, so wird der die Stadt mit Wasser speisende Nil-Canal eröffnet. Die Feier der Eröffnung dieses Canals ist das größte Fest des ägyptischen Jahres.

Dieser der Insel Robha gegenüber liegende Canal wird um die Zeit des Nil-Steigens durch einen hohen und breiten Damm geschlossen, der erst dann durchfloßen wird, wenn der Fluß besagte Höhe erreicht hat.

Früher pflegten die Vizekönige mit ihren Söhnen und den Großen des Reiches dieser Ceremonie beizuwohnen, aber der jetzige Ghibia hat sich all dieser lästigen Pflichten schon längst entledigt. Tewfik Pascha, der Kronprinz, vertritt bei ähnlichen Ceremonien fast immer den Vater; allein schwer ist auch er in Alexandria geblieben, wo bekanntlich im Sommer der Sitz der Regierung ist. Besagtes Fest ist indeß an sich so originell, daß es jeder fürstlichen Gegenwart entbehren kann, ohne dabei ein Jota seines Interesses einzubüßen.

Der Durchfluß des Canals findet stets Morgens statt.

Am Vorabend des bestimmten Tages fand sich eine dicke Menschenmenge draußen in Alt-Kairo am Ufer des Nils bei der Mündung des Canals ein. Auf dem Flusse glitten zahllose, schönverzierte, mit bunten Lampen behängte Schiffe langsam dahin, auf deren Verdeck heitere zu frohem Lebensgenusse gekümmte Aegyptier und

auf diese Weise für sie in der Berufung liege, auch nicht durch Gewährung von Vertheiligungs-terminen und dergl. in dem Vorverfahren erreichen, da dieselben deren Bedeutung häufig nicht verstehen würden, man müßte denn eine notwendige Vertheiligung in allen landgerichtlichen Sachen anordnen, was aber der Kosten und des Mangels an Vertheidigern wegen undurchführbar sei. Auch wegen des Strafmaßes sei die Berufung, namentlich bei den weiten Strafrahmen des Strafgesetzbuchs, von großer Bedeutung. Der Ersatz, welchen auch die Gegner der Berufung im Falle der Abschaffung derselben für nöthig erachten und in der verschiedensten Art in Vorschlag gebracht haben, sei entweder nicht ausreichend oder, wie die Einstimmigkeit in der Schulfrage, aus anderen Gründen bedenklich. Insbesondere entspreche die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht dem Bedürfnisse nach einer nochmaligen Prüfung des bereits gewürdigten Materials und gestalte dem Angeklagten auch nicht die Benutzung solcher Nova, die er zur Zeit des ersten Urtheils zwar gekannt, aber nicht für erheblich gehalten habe. Eine Verweilung des Vorverfahrens aber habe, ganz abgesehen, daß sie keinen hinreichenden Ersatz biete, das große Bedenken gegen sich, daß sie sich auf alle, auch die unzweifelhaftesten und einfachsten Sachen erstrecken würde und dadurch eine große Verschleppung der Rechtsplege und Belastung der Gerichte herbeiführe. Dagegen würde die Einführung der Berufung, wenn man, wie vorgeschlagen werde, dieselbe an aus 5 Mitgliedern bestehende Kammern der Landgerichte bringe und die Strafkammern, was alsdann genüge, nur aus 3 Mitgliedern bestehen lassen, nicht nur keine Mehrkosten verursachen, sondern an Richterpersonal noch ersparen, zumal alsdann eine Vereinfachung des Vorverfahrens und eine Ueberweisung zahlreicher Vergehen an die Schöffengerichte möglich sein werde. Endlich sei es gefährlich, eine Institution abzuschaffen, die, wenigstens in den Ländern, wo man sie noch bestimme, tief im Volksbewusstsein wurzele; das Vertrauen in die Justiz kann sehr leicht darunter leiden. — Von den Gegnern der Berufung wurde hierauf erwidert: Mit dem Grundsatz der Mündlichkeit sei eine Berufung, die nur für das schriftliche Verfahren passe, völlig unvereinbar, wie man dieselbe auch gestalten möge. Denn eine vollständige Reproduction sei aus inneren Gründen nicht möglich und wegen des Kostenpunktes undurchführbar; eine theilweise Reproduction gebe sehr häufig ein schiefes Bild von der Sache, und bei derselben erscheine der erste Richter meist besser instruiert als der zweite. Eine doppelte Prüfung der Thatsache sei in Strafsachen nicht erforderlich, weil es sich meistens um sehr einfache Verhältnisse — weit einfachere und durchsichtiger, als in Civilsachen — handelt, deren Beurtheilung in erster und letzter Instanz man ohne Gefahr einem aus 5 rechtsgelehrten Richtern zusammengesetzten Colleg anvertrauen könne, ebenso wie man ohne Bedenken den Geschworenen definitiv die Entscheidung über die Thatsache in noch weit wichtigeren Sachen übertrage. Die Fälle, in denen der Angeklagte erst durch das Urtheil erster Instanz auf das, worauf es für ihn ankomme, aufmerksam werde, seien äußerst selten, zumal wenn man in dem Vorverfahren diejenigen Garantien gegen Ueberfahrungen schaffe, welche die Commission in verschiedener Richtung beschaffen habe. Außerdem helfe die Wiederaufnahme des Verfahrens aus, und insofern in noch höherem Maße, als dieselbe nicht, wie die Berufung, an kurze Fristen gebunden sei. Für das Strafmaß habe die Berufung keine Bedeutung, wenn man dieselbe nicht an die Oberlandesgerichte verlege, was aber des Kostenpunktes wegen undurchführbar sei. Ebenfalls verlange das Rechtsbewußtsein des deutschen Volks die Beibehaltung der Berufung. Die deutsche Rechtswissenschaft habe sich in ihren hervorragenden Vertretern fast einstimmig für die Abschaffung ausgesprochen und eben so viele Proclamer von Ruf. In denjenigen Ländern, wo sie abgeschafft sei — in Deutschland 8 — sei man mit ihrer Abschaffung allgemein zufrieden, ja es habe sich seitdem das Vertrauen in die Justiz sogar gehoben, und in denjenigen Ländern, in welchen dieselbe noch bestehe, namentlich in Preußen, seien die Stimmen wenigstens sehr getheilt, und die Gegner der Berufung mehrten sich täglich. Jedenfalls sei es weit richtiger, die erste Instanz starker und tüchtiger zu besetzen, als den Schwerpunkt in die zweite Instanz zu verlegen und die erste Instanz nur zu einer Versuchskanone zu machen.

— [Marine.] Der Ablauf des „Leipzig“ hat gestern 2 Uhr Nachmittags von der Werft des

Bulkan in Stettin glücklich und ohne allen Zwischenfall stattgefunden. Der Chef der Admiralität, General v. Stosch, vollzog die Taufe des Schiffes wie üblich mit einer Flasche Champagner. Gleich darauf folgte das Commando des Erbauers, Director Haack, zum Rappen der Taufe und der „Leipzig“ ging unter dem Hurrah von Tausenden rasch in's Wasser. Ueber das Schiff selbst haben wir uns in einem gestrigen Artikel ausführlich verbreitet. — Briefsendungen für die Corvette „Augusta“ sind nach St. Thomas (Westindien) zu dirigieren. — Der Transporthampfer „Eider“ ist von Kiel kommend in Wilhelmshaven eingetroffen.

Posen, 14. Sept. Gegen den hiesigen polnischen Vorschlagsverein ist, wie die „Ndb. Ztg.“ erfährt, eine Untersuchung eingeleitet worden, in Folge dessen gestern eine große Anzahl von Zeugen, unter ihnen auch Mitglieder der vor mehreren Monaten eingesetzten Revisions-Commission, vernommen worden sind. Außerdem soll auch gegen den Verein eine Civilklage anhängig gemacht sein.

* Aus Darmstadt schreibt man über die bereits gemeldete Verhaftung des Majors Sted von der holländischen Colonial-Armee: Derselbe ist seit einer Reihe von Jahren pensionirt und hier, in seiner Vaterstadt, ansässig. Er ist als Speculant und unternehmender Kopf bekannt. Wie man nun hört, sind schon seit längerer Zeit die hiesigen Behörden seitens des Reichsfinanz-Amtes dahin informiert, daß namentlich in Bayern und auf dem Westerland Anwerbungen für die holländisch-ostindische Armee stattfänden; auch soll bereits durch die Aussage eines wieder eingebrachten Deserteurs ein Verdacht auf den erwähnten holländischen Major gefallen sein, als vor Kurzem ein Vater, der kein anderes Mittel wußte, den Eintritt seines Sohnes in die holländisch-ostindische Armee zu verhindern, Lektoren vor der Abreise verhaften ließ. In dem Besitze des jungen Mannes sollen sich Papiere gefunden haben, durch welche Sted gravirt erscheint; eine in dessen Abwesenheit in seiner Wohnung vorgenommene Hausdurchsuchung soll weiteres belastendes Material ergeben haben, so daß man unmittelbar zu seiner Verhaftung schritt, welche in dem Locale der ersten hiesigen Gesellschaft, wo Sted Abends mit mehreren höheren Offizieren sein L'hombre zu spielen pflegte, erfolgte.

Schweiz. Bern, 11. September. Der Nationalrath hat nach langwierigen Erörterungen das Militär-Steuergesetz beendet. Für Bemessung der Steuer wurde beschlossen, daß das in landwirthschaftlichen Grundstücken und Gebäuden bestehende Vermögen im Verhältnis von 1000 zu 60 Einkommen, das übrige Vermögen im Verhältnis von 1000 zu 80 anzuschlagen sei. Statt der vom Ständerath aufgestellten 12 Klassen wurden deren 21 angenommen. In der untersten bis 500 Fr. Einkommen beträgt die Steuer 8 Fr. und steigt dann an, bis sie bei mehr als 9000 Fr. Einkommen 3 Proc. beträgt. — In Tessin ist der Arzt Casella, früher Redacteur der ultramontanen „Liberta“, welcher Krankheit vorschüßend sich dem eidgen. Dienst entzog, vom Kriegsgericht zu 20 Tagen Gefängnis und 3 Monaten Militärstrafdienst verurtheilt worden. — Die Internationale Friedens- und Freiheitliga soll morgen in Genf ihre Jahresversammlung abhalten. Verhandlungsgegenstände sind: 1) Bericht über eine Denkschrift von Garnier-Pagès, welche alle Kaperei, selbst diejenige feindlicher Handelschiffe, abschaffen will. 2) Ueber den Neutralitätsgrundsatz und seine Anwendung. 3) Reduction der stehenden Armeen und Ersatz durch bloße Nationalmilizen oder Territorialarmeen zu rein defensiven Zwecken. Wir möchten dem ehrenwerthen Vorstand der Liga den Rath geben, die Sitzungen nach Paris oder einer anderen französischen Stadt zu verlegen und dort, wo es dringend noth thut, die Entlassung zu predigen; wenn Frankreich dann damit vorangeht, so wird ihm das übrige Europa gern folgen. — Der bekannte Graf Arnim, den amerikanische Blätter mit kampfhafter Ausdauer auf das Denkmal der Grotenburg versetzen, hat sich in Rigafeldbad eingefunden, wo er neben dem preussischen Prinzen Georg logirt.

Frankreich. Paris, 12. Sept. Wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind die Nachrichten keineswegs begründet, daß der Marschall die Absehung La Roncière's gern vollzogen hat. Er wollte im Gegentheil zuerst das Decret, welches diese Maßregel enthält, nicht unterzeichnen, und machte dabei geltend, daß der Admiral in seinem Schreiben

eisernen Gefäße der Maschallas, so daß die Flammen hoch aufstiegen, die braunen leuchtenden Gesichter der umherstehenden Araber und deren Gewänder in rothes Licht tauchten. Bisweilen flammte plötzlich ein bengalisches Feuer auf, und dann stand der ungeheure Plan mit seinen alten Aquaducten aus der Chalfenzeit, seinen tausend und aber tausend Menschen in farbenreichen Gewändern, seinen am Flußufer tauernden, von dem in dieser Nacht Gluth bringenden Wasser schöpfenden dunklen Söhnen Aegyptens, seinen buntestreiften Zelten und Verkaufsständen, das grüne Ufer, all das stand da in zauberhaftem Grün oder mondhelem, geisterhaften Weiß.

Als die Sonne am nächsten Morgen auf den wieder mit Menschen angefüllten Nilig-Plan, auf all die bunten flatternden Fahnen herabsah, war der Damm des Canals nur noch 1 Fuß breit.

Mit dem Schlag acht, unter wiederholten Salven, wurden die Palmenwädel in das Wasser geworfen und die noch stehenden Erdschollen weggehacht. Majestätisch ruhig rollten die gelben Fluthen des Nil in den Canal, während mehr als fünfzig Männer und Knaben sich in das Wasser stürzten, um mit wilder Lust den Canal hinabzu schwimmen und die ihnen von dem Landesherren zugeworfenen, dem Fluße geweihten Goldmünzen zu erfassen, was jedesmal mehrere Menschenleben kostete.

Dieses Geld wird aber jetzt auf minder barbarische, aber auch auf sehr prosaische Art unter das Volk vertheilt, so daß die kühnen Schwimmer leer ausgingen. Es ist nur lobenswerth, daß diese Barbarei abgeschafft wurde, wenn auch dadurch ein Theil der Originalität des Festes verloren geht. (Allg. Ztg.)

kundgiebt, daß er vor Allem conservativ sei, also auf dem nämlichen Standpunkt stehe, wie er. Erst nachdem der Marineminister Montaignac mit seinem Rücktritt gedroht und Herzog v. Audiffret-Pasquier dargelegt, daß eine Zusammenberufung der Kammer unumgänglich sei, falls der Admiral sein Commando behalte, gab der Marschall nach, indem er aber zugleich erklärte, daß er keine weiteren Concessionen machen werde, daß, wenn man das Cabinet Buffet stürze, er sich ein Ministerium nach seinem Geschmack wählen und mit demselben regieren werde. Wie es scheint, kennen die Bonapartisten die Gesinnungen des Marschalls, und dem muß es zugeschrieben werden, daß ihre Organe eine eben so heftige Sprache führen, wie früher. In den antiponapartistischen Regierungskreisen und besonders unter den orleanistischen Führern herrschen in Folge dessen noch immer Vorurtheile. Dies geht zur Genüge aus der Sprache des „Moniteur“, des Organs der liberalen Minister hervor, der sich heute wieder unendliche Mühe giebt, die Maßregelung La Roncière's zu rechtfertigen, die doch Allen, außer den Bonapartisten gefällt. Man muß daher annehmen, daß diese Rechtfertigung im „Moniteur“ eigentlich für Mac Mahon selbst bestimmt ist.

England. Dem Vernehmen nach beabsichtigt John Bright im nächsten Jahre während der Welt-Ausstellung in Philadelphia den Vereinigten Staaten einen Besuch abzustatten. — Der bekannte in Berlin wohnende amerikanische Geistliche Dr. Joseph B. Thompson wird demnächst in Glasgow eine Vorlesung über den Ultramontanismus halten. Hierauf wird er, dem Wunsche der evangelischen Allianz nachkommend, über den gegenwärtigen Culturkampf in Deutschland in London einen Vortrag halten.

Russland. Die Statistik stellt fest, daß seit den Jahren 1822 bis 1872 nicht weniger als 500,000 Menschen nach Sibirien verbannt worden sind. Nach dem natürlichen Verlauf der Dinge hätte aus dieser hohen Zahl von Eingewanderten durch Vermehrung der Familienbestände innerhalb dieser 50 Jahre für Sibirien sich ein Bevölkerungszuwachs von etwa 1½ Millionen Menschen ergeben müssen. Trotz alledem steigt die Bevölkerungsziffer in kaum beachtenswerthen Dimensionen. Jedenfalls kommt heute wie vor fünfzig Jahren noch immer auf die Quadratkilometer nicht einmal ein Einwohner. In dieser Hinsicht ist der folgende Umstand von großer Bedeutung. Die Zahl derjenigen Verbannten, welche aus Sibirien nach Europa oder anderswohin flüchten, ist dauernd eine ganz außerordentliche. So betrug beispielsweise im Jahre 1873 in den vier Districten des Kreises Irkutsk die Zahl der in den Bisen als angesiedelte Verbannte aufgeführten Personen 10,387, und thatsächlich wurden nur 1994 als wirklich vorhanden nachgewiesen; in den 10 Jahren von 1835—1845 sind etwa 12,652 Flüchtlinge wieder eingebracht worden. Im Jahre 1859 fand in den fiscalischen Fabriken zu Nerstinsk ein Suchtverlust in großem Styl statt; von den Flüchtlingen sind 508 Mann nie wieder eingebracht worden! Die große Zahl von Verbrechern oder gefährlichen Individuen unter den Zwangscolonisten oder unter den sich herumtreibenden Flüchtlingen ist eine überall lebhaft empfundene Plage für ein Land, das, gut colonisirt, bei seinen natürlichen Reichthümern recht productiv sein könnte. Der jetzige Communicationsminister, General-Adjutant Posjet, vertritt sehr eifrig den Gedanken, speciell für Sibirien das System der Ansiedelung durch Verbannte zum Wohl des Landes fallen zu lassen. Man wird — das spricht sich neuerdings auch in der Presse aus — sich allmählig klar, daß das System der Verbrecher-Colonien, der Verbannung zur zwangsweisen Ansiedelung weber dem zu colonisirenden Lande, noch dem Mutterlande zum Heil gereicht. Wie man hört, ist die mit der Aufstellung der neuen Straf- und Strafvollstreckungs-Gesetze betraute Commission ähnlicher Anschauung. (S. Z.)

Telegramm der Danziger Zeitung. Gettinje, 15. Septbr. Von Seiten der Insurgenten wird gemeldet: Die Insurgenten hätten gestern unter heftigen Kämpfen die Türken überall zum Rückzug gezwungen und namentlich auf Doborsfelde größere Vortheile errungen.

Danzig, 16. September. * Gestern Nachmittag stürzten in der Küstnergasse 5 Ballons mit Schwefelsäure von einem Wagen und übergoßen das Pflaster mit ihrem Inhalt. Die Polizei requirirte Mannschaften der Feuerwehr, welche längere Zeit damit beschäftigt waren, die Straße durch Bespritzen mit Wasser wieder zu reinigen.

Königsberg. Die Angelegenheit mit der Liquidation unserer Feuerweh-Institut — schreibt man der „Pr.-Lit. Ztg.“ — hängt an bedenklich zu werden und es wird wohl Zeit sein, daß der Magistrat der Sache näher tritt, ehe es zu spät wird. Das ganze Corps ist unzufrieden, denn man verlangt von den Leuten mehr als nöthig ist und wie sie zu leisten im Stande sind, so daß man sich nicht wundern kann, wenn sie sich nach andern Feuerweh-Instituten umsehen und die ihnen von Danzig von Marienburg, von Allenburg und andern Städten gemachten Anerbietungen annehmen. Das Corps besteht gegenwärtig nur aus etwa 70 Mann. Von diesen beziehen 21 Mann die Hauptfeuerwehr, die erst nach 48 Stunden, also nach 2 vollen Tagen und 2 vollen Nächten abgelöst werden. Während dieser Zeit müssen sie aber Vor- und Nachmittags exact exerciren. Weitere 6 bis 8 Mann beziehen die Wache auf dem Stadthof im Löbenicht, und ebensoviel die im Kneiphof. Es verbleiben auf diesen Wachen jedoch nur 1 Mann beim Apparat und 1 Mann bei der Reinigung und Beaufsichtigung der Spritzen, Wagen etc., die andern werden mit dem Rest der Mannschaften auf Arbeit comman- dirt. Diese best-ht in Ausladen von Frachten aus Schiffen, in Ausladen derselben zum Weitertransport und Verbrauch in der Stadt, in Banholzläden u. dgl. m., alles Arbeiten, wobei die größte Anstrengung erforderlich ist. Von Rubetag ist nie die Rede. Für das geringste Versehen giebt's Strafbefehl oder Arrest. Urlaub ist nicht; und für alles dieses erhalten die Leute 16 bis 18, die allerältesten 20 Thlr. monatlichen Sold. Kein Wunder also, wenn ihnen mit der Zeit die Courage ausgeht.

k. Mohrungen, 14. Sept. In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Credit- und Vorschlags-Vereins wurde der Geschäftsbericht erstattet, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 174,732 M. balancirte und unter Einnahme am 1. Januar 1875 einen Vorrathbestand von 186 M. 81 S. an zurückgezahlten Vorschüssen 133,436 M. an Zinsen für dieselben 2530 M. an Guthaben 810 M. an aufgenommenen

Darlehen 35,142 M., an Reserve-Fonds 824 M., dagegen in der Ausgabe an gewährten Vorschüssen 138,561 M. an zurückgezahlten Schulden 27,977 M. an Zinsen für dieselben 2996 M. an Rückzahlung von Guthaben 220 M. an Geschäftskosten 579 M. und einen Vorrathbestand von 4547 M. aufwies. Hierauf wurde auf Vorschlag des Ausschusses der Zins zu § 14 des Vereinsstatutes angenommen, wonach die Dividende derjenigen Vereinsmitglieder, welche trotz erfolgter Aufforderung länger als 3 Monate hintereinander den statutenmäßigen Minimalbeitrag auf ihr Guthaben nicht eingezahlt haben, für dies laufende Jahr dem Reserve-Fonds zu gut geschrieben werden soll. — Die Chausseestraße von Hermsenau nach Liebstadt, welche eine directe Chaussee-Verbindung zwischen Mohrungen und Liebstadt herstellt, ist seit einigen Tagen beendet und wird vom 1. Octbr. cr. der Post und vom 15. Octbr. cr. ab dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. — Durch die Infommunalisirung des entwässerten Mohrunger See's hat die Stadt eine jährliche Communalabgabe von ca. 540 M. erhalten.

Zuschrift an die Redaction. Ein Vorschlag zu einer Reform in der Klassensteuer-Erhebung.

Da das Gebiet der Klassensteuer-Erhebung dem größten Theile der Leser fremd sein wird, so will Einsender zunächst die Schwierigkeiten hervorheben, die bei der von den Gemeinden zu erhebenden und an die Staatskasse abzuliefernden Klassensteuer am greifsten hervortreten.

Die Klassensteuerlisten werden nach der an einem bestimmten Tage des Vorjahres stattgehabten Aufnahme des Personenstandes festgestellt. Dieser Personenstand ist aber selbstverständlich nicht constant; er wechselt mit jedem Tage. Alle halbe Jahr, Ende Juni und Ende December, werden nun sog. Zu- und Abgänge festgestellt, d. h. es wird der Königl. Staats-Regierung der Nachweis aller seit der Aufstellung der Klassensteuerlisten in die Gemeinde Zu- resp. Abgezogenen geliefert. Hiermit hat es aber nicht sein Bewenden. Die königliche Regierung verlangt vielmehr, daß jede Gemeinde über einen in Abgang Gebrachten einen Belag beibringt, durch den nachgewiesen wird, in welcher Gemeinde der Vergebene fernerhin seine Klassensteuer entrichten werde. Ebenso muß die Commune über jeden Zugewogenen einen Belag derjenigen Gemeinde beibringen, aus welcher er gezogen ist. Wenn nun alle Menschen sich so weit in Ordnung gewöhnt hätten, daß sie sich, bevor sie verziehen, abmelden, oder gleich nach dem Anzuge anmelden, denn hätte die Beibringung der Beläge keine großen Schwierigkeiten, aber gerade die bishofen Klassen, die am meisten verziehen, kümmern sich um An- und Abmeldung wenig. Unverheirathete Arbeiter und Gesellen aller Berufs- klassen wandern, wohin sie die Aussicht auf höheren Verdienst oder anderweitige Neigungen gerade führen. Nicht selten wechseln Stellen, z. B. 80 p. aller Wädel- gesellen, innerhalb eines Jahres 10—20 Mal ihre Stel- lungen. Diesen reihen sich in einem weniger ungünsti- gen Verhältnisse die Schmiede, Schuhmacher, Schneider- und Stellmachergesellen an. In kleinen ländlichen Ge- meinden erfährt man halb, wenn einer zu- oder abge- zogen ist; aber in großen Städten gehen die betreffen- den Meldungen durch die Polizei an die Communal- Behörde. Diese schreibt nun an den letzten Wohnort nach einem Zugangsbelag. Es vergehen Tage und Wochen, ehe dieser ankommt und nicht selten ist der Census purlos verschwunden, wenn man ihn kaum in Zugang gebracht hat. Nun heißt es einen Abgangs-Belag besorgen, aber von wo? Gesellen, die in die Fremde gehen wollen, können auch unmög- lich ihren zukünftigen Wohnort im Voraus angeben.

Es erhebt aus diesen Ausführungen auch dem Laien die große Schwierigkeit, die den Communen bei der Klassensteuer-Erhebung erwächst. In der Stadt Danzig sollen z. B. außer dem Secretair 30 Schreiber im Klassensteuer-Bureau arbeiten, um die ungeheure Last ordnungsmäßig zu bewältigen.

Vortheil aus diesem ganzen complicirten Apparat der Erhebung zieht einzig und allein die Post. Die Behauptung ist wohl nicht zu gewagt, daß die Communen 50 p. der durch die Zu- und Abgänge der beiden untersten Stufen in Betracht kommenden Beträge an Porto ausgeben müssen. Der Vorschlag zur Reform ist nun einfach der, die Königl. Regierung möge auf die Beibringung von Zu- und Abgangs-Belägen für die erste und zweite Stufe verzichten.

Einsender will jetzt nachweisen, daß hierdurch weder der Königl. Regierung noch den Communen oder den Censiten Nachtheil erwächst.

Die Königl. Regierung erhebt von der Commune alle in der betreffenden Klassensteuer-Rolle aufgeführten Beträge der 1. und 2. Stufe mit Ausnahme der durch die Niederstufungslisten in Abgang Gebrachten, ohne jede Rücksicht auf Zu- und Abgänge dieser Klassen. Sie erleidet also durchaus keine Einbuße an Klassen- steuern.

Die Communen ersparen ein Wesentliches an Porto, Formularen und Schreibgebühren. Diese Ersparnisse werden wohl jedenfalls den durch Abgänge aus der Gemeinde entstandenen Ausfall an Klassensteuer gegen den status quo der Veranlagung decken, denn Zugang und Abgang hält sich doch wohl ziemlich in der Waage. Die Veranlagung erfolgt ja auch jährlich.

Die Censiten sind gehalten, die ihnen von den Ge- meinden über die Einschätzung aufgestellten Benach- richtigigungs-Zettel sorgsam aufzubewahren, um sich bei etwaigem Umzuge hiermit ausweisen zu können. Bei- zihen sie diesen Zettel oder eine anderweitige Benach- richtigigung über gezahlte Steuer nicht, so sind die Gemein- den befugt, von jedem Zugewogenen 15 resp. 50 Pfg. Klassensteuer, je nach dem die Erwerbs-Verhält- nisse in der Stadt sind, zu erheben. Die Zugewogenen schätzen z. B. Gesellen und Ge- sellen zur 1. Stufe ein, die Städte zur zweiten (es hat dieses jedenfalls in der Höhe der Arbeitslöhne u. seine Begründung). § 11 des Gesetzes vom 1. Mai 1851, wonach bei Umzügen aus einem Klassensteuer- pflichtigen Ort in einen andern die Steuer für den Monat, in welchem der Umzug erfolgt, noch an dem bisherigen Wohnort zu entrichten ist, wird die Censiten vor Doppelbesteuerung schützt.

Es wäre durch Annahme dieser Vorschläge, wenn auch mit wesentlichen Modificationen, eine schätzenswerthe Vereinfachung erzielt.

Niemand erleidet Verluste und Niemand wird über- fürdet.

Die Königl. Regierung bekommt auch ohne Be- läge die Klassensteuer von denen, die überhaupt zahlen können. Die Gemeinden verlieren nichts; sie müssen auch schon jetzt für jeden, dessen Abgang sie nicht nach- weisen können, die Steuer ruhig weiter zahlen.

Der Königl. Regierung muß auch selbst eine Ver- minderung der Arbeitslast erwünscht sein, denn wie schwierig die Controlle bei derselben über sämtliche aus dem ganzen Bezirk zu gleicher Zeit eingehende Zu- und Abgangs-Listen nebst Belägen sein muß, leuchtet wohl Jedem ein. Von allen mehr wie 6 M. Klassensteuer Zahlenden macht das Beibringen von Be- lägen keine Schwierigkeiten. Diese Censiten verziehen nicht so häufig, sie sind bedeutend besser, schon weil die Mehrzahl von ihnen verheirathet ist.

3. Klasse 152. R. Preuss. Klassen-Lotterie.
Am 1. Ziehungstage, den 14. September, wurden ferner folgende Gewinne gezogen:

